

Um die herrschende
Flüchtlingspolitik
zu ändern,
braucht es
eine Bewegung.



Zuflucht Was
statt jede(r)
Abschiebungen gegen
 tun
 kann?



FREIBURGER FORUM
aktiv gegen Ausgrenzung

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung
Adlerstr.12 - 79098 Freiburg
info@freiburger-forum.net
www.freiburger-forum.net



September 2016

Ein kleiner Leitfaden

Notrufnummer

Bei wichtigen Fragen und Notfällen bitte folgende Telefonnummer anrufen:

0151 – 282 112 52

Bei Anruf bitte eine Telefonnummer oder eine Adresse hinterlassen.

Die Notrufnummer ist keine direkte Beratungsnummer.

Die Telefonnummer wird regelmäßig abgehört. Ein entsprechender Kontakt wird hergestellt.

Gruppen die Veranstaltungen und Aktionen des Freiburger Forum mitgetragen haben

Amaro Drom e.V., Aktion Bleiberecht Freiburg, Eine Welt Forum Freiburg e.V., Ushten Romalen, Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA), Freiburger Friedensforum, Brasilieninitiative Freiburg e.V., Südwind Freiburg e.V. Verein für soziale und kulturelle Arbeit, Grüne Alternative Liste Freiburg, Kunst-, Kultur- und Wagenkollektiv Kommando Rhino, Freie ArbeiterInnen Union-Freiburg (FAU), Die Linke Freiburg, DKP Freiburg, Pax Christi Bistumsstelle Freiburg, Radio Dreyeckland, Rhythmus of resistance, Linke Liste Solidarische Stadt, Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Listen Freiburg, Medi-Netz Freiburg, a&b, Jugendkulturinitiative (JKI), Rasthaus Freiburg, Runder Tisch Freiburg, Vereinigung der Verfolgten des Naziregime / Bund der Antifaschisten Freiburg, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Kaufrausch Freiburg, Landesarbeitsgemeinschaft von Betroffeneninitiativen Wohnungsloser in Baden-Württemberg e.V., UstA der Pädagogischen Hochschule Freiburg, Fraktionsgemeinschaft Unabhängige Listen im Freiburger Gemeinderat, Fachschaft Soziologie der Uni Freiburg, The Voice Forum Göttingen, Flüchtlingsinitiative Wittenberg, AMICA e.V. Freiburg, Anarchistische Gruppe Freiburg, Graziella de Coulon, Coordination Asile Migration Vaud-Lausanne CH, Wohnen ist Menschenrecht Freiburg, Vorsitzender des DGB-Kreisverband Freiburg, Vorsitzender der Jusos Freiburg, Ver.di Jugend Südbaden, Annette Groth, MdB und Berichterstatterin für Roma beim Europarat, Unabhängige Frauen Freiburg, Gemeinderätinnen und -räte der SPD und der Alternativen Grünen, Vertreterin des Diakonisches Werkes, Fachdienst für Flüchtlinge Freiburg; Walter Krögner ehm. MdL SPD aus Freiburg; Personal- und Betriebsräte; ProfessorInnen aus dem Hochschulbereich; Personen aus dem Nachbarschaftswerk e.V. Freiburg; ÄrztInnen sowie RechtsanwätInnen; Komitee für Grundrechte und Demokratie

Solidaritätsfonds

Oft scheitert es am Geld, damit Betroffene gegen Bescheide Rechtsmittel einlegen können. Ein Rechtsanwalt, ein Dolmetscher und vieles mehr kosten Geld.

Wir wollen unbürokratisch helfen. Deshalb haben wir einen Solidaritätsfonds eingerichtet und bereits über 40 Familien unterstützt.

Damit der Fond ein Erfolg wird, bitten wir um Spenden. Einmalbetrag oder Dauerüberweisung von 5, 10, 20 Euro erwünscht, gerne auch mehr.

Stichwort: „Solifonds“
Freiburger Forum aktiv gegen
Ausgrenzung
Volksbank Breisgau Nord e.G.
IBAN:
DE75 6809 2000 0000 3615 26

Die Spenden sind steuerlich *nicht* absetzbar.

Vorwort

In Freiburg leben mehrere hundert Flüchtlinge mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus. Sie sind davon bedroht, gegen ihren Willen abgeschoben zu werden.

Dies ist auch dann der Fall, wenn ihnen in ihrem Herkunftsland Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung droht.

Der Regierungswechsel hat in Baden-Württemberg leider nicht zu weitreichenden Verbesserungen bei der Flüchtlingspolitik geführt.

Flüchtlinge brauchen unsere Hilfe und Solidarität. Wir unterstützen die Betroffenen darin, dass sie sämtliche Rechtsmittel in Anspruch nehmen bzw. einen Härtefall- oder einen Petitionsantrag stellen können.

Dieses Booklet informiert darüber, was jede/r gegen Abschiebungen tun kann. Es enthält kurze Anleitungen und zeigt Möglichkeiten des Handels auf.

Zusammen Abschiebungen verhindern!!!

 **FREIBURGER FORUM**
aktiv gegen Ausgrenzung

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung
Adlerstr.12 - 79098 Freiburg
info@freiburger-forum.net
www.freiburger-forum.net

Was tun, wenn eine Ausreiseaufforderung vorliegt?

In der Regel werden Flüchtlinge zur Ausreise aufgefordert, wenn ihre Duldung nicht mehr verlängert wird. Das kann jederzeit geschehen und unterschiedliche Gründe haben.

Die rechtliche Situation ist dann kompliziert und für Laien kaum durchschaubar. Deshalb:

→ Mit dem Bescheid zu einem Rechtsanwalt oder zu Gruppen (dazu Seite 13) gehen. Namen engagierter Rechtsanwälte können angefragt werden:

info@freiburger-forum.net

→ Die Notrufnummer informieren

Wer sich selbst eine Auseinandersetzung mit den Behörden zutraut, kann folgendes unternehmen:

→ Die Rechtsmittelfrist (Datum) im Bescheid überprüfen. Evtl. Rechtsmittel einlegen.

→ Wenn Asylgründe vorliegen, einen Asylantrag stellen. (dazu: Seite 6)

→ Einen Härtefallantrag einreichen. (dazu mehr: Seite 7)

→ Einen Petitionsantrag stellen. Beim Petitionsausschuss auf die Aussetzung der Abschiebung (Stopp-Petition) hinwirken. (dazu mehr: Seite 8)

Gruppen-Adressen

Freiburger Forum aktiv gegen Ausgrenzung

Adlerstr.12
79098 Freiburg
info@freiburger-forum.net
www.freiburger-forum.net

Aktion Bleiberecht Freiburg

Adlerstr.12
79098 Freiburg
info@aktionbleiberecht.de
www.aktionbleiberecht.de

Südbadische Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA)

Adlerstr.12
79098 Freiburg
Tel. 0761-2088408 (AB)
saga@rasthaus-freiburg.org
<http://www.saga.rasthaus-freiburg.org/>

Medinetz Freiburg

Adlerstr.12
79098 Freiburg
info@medinetz.rasthaus-freiburg.org
<http://www.rasthaus-freiburg.org/?Medinetz>

Roma Büro Freiburg e.V.

Ensisheimer Str. 20
79110 Freiburg
Tel. 0761-89739820
www.roma-buero-freiburg.eu

Wichtige Adressen

Landtag von Baden-Württemberg

Petitionsausschuss

Konrad-Adenauer-Str.3

70173 Stuttgart

Per Fax 0711/2063-540

Per mail: petitionen@landtag-bw.de

Härtefallkommission beim Ministerium für Inneres,
Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg

- Geschäftsstelle -

Postfach 10 34 65

70029 Stuttgart

Per Fax 0711/279-4444

Zentrale Abschiebebehörde beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Manfred Garhöfer, Abteilungspräsident

Telefon: 0721/926-7000

Email: abteilung8@rpk.bwl.de

Jutta Nees, Leitende Regierungsdirektorin

Telefon: 0721/926-7018

Email: Jutta.Nees@rpk.bwl.de

Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge des Landes Baden-Württemberg

Durlacher Allee 100

76137 Karlsruhe (Oststadt)

Tel.: 0721/926-0 / Fax: 0721/694755

Ausländerbehörde Freiburg

Basler Straße 2

79100 Freiburg

Auslaenderbehoerde@stadt.freiburg.de

Telefon: 0761/201-6470 / Fax: 0761/201-6495

Was tun, wenn eine „freiwillige Ausreise“* angedroht wird?

→ Grundsätzlich sollten Betroffene nicht alleine zu den Behörden gehen, insbesondere dann nicht, wenn eine Abschiebung droht.

→ In der Regel kein Papier für eine „freiwillige Ausreise“ unterschreiben, auch nicht das Hinweisblatt des RP Karlsruhe.

→ Nichts unterschreiben, sich über weitere rechtliche Möglichkeiten erkundigen.

→ Prüfen, ob weitere Rechtsmittel möglich sind.

→ Schulbesuch der Kinder, Krankheiten, Traumatisierungen, der lange Aufenthalt, neuere Gerichtsurteile, ärztliche Untersuchungen usw., all das kann für einen weiteren Aufenthalt wichtig sein. Auch in diesem Fall die Gruppen und/oder einen Rechtsanwalt kontaktieren.

Auf Seite 13 sind einige Gruppenadressen angegeben. Die Gruppen können in der einen und anderen Frage eventuell weiter helfen.

* Unwort des Jahres 2006

Asyl- und Asylfolgeantrag

Die Stellung eines Erst-Asylantrages ist immer möglich. Der Asylantrag kann nur bei der Landesaufnahmestelle (LAST) in Karlsruhe gestellt werden.

Im Falle einer Ablehnung kommt es zu einer Abschiebeandrohung, dagegen muss sofort geklagt werden.

Ebenfalls ist die Stellung eines Folgeantrages mit neuen (Verfolgungs)-Gründen möglich.

Die/der AntragstellerIn muss dann für einige Wochen in der LAST in Karlsruhe bleiben, bis eine Zuweisung in eine Sammelunterkunft (BaWü oder bundesweit) erfolgt. Die Adresse der LAST siehe Seite 12 der Broschüre.

Die Stellung eines Asylantrages nur für die eigenen Kinder ist ebenfalls möglich. In diesem Fall erfolgt kein Ortswechsel nach Karlsruhe.

Wer nicht über ausreichend finanzielle Mittel für das Rechtsverfahren verfügt, kann den Asylantrag, mit Hilfe informierter Gruppen (Seite 13), selbst stellen.

Tag X – politischer Protest gegen Abschiebungen

Der TagX ist ein loses Netzwerk von Gruppen und Einzelpersonen. Über den TagX soll der politische Protest auf die Straße getragen werden. Nach Bekanntwerden einer drohenden Abschiebung werden alle per Mail und SMS über eine bevorstehende Aktion informiert.

Jede(r) kann Teil des TagX werden, indem man / frau eine Mail an

tag-x@freiburger-forum.net

und/ oder eine SMS sendet an:

0152 217 785 23
mit dem Stichwort: anmelden

Treffpunkt für die **Tag X** - Aktion ist der folgende Tag, **18.00 Uhr** auf dem **Rathausplatz** in Freiburg
Wer Kenntnis von einer Abschiebung hat und öffentlicher Protest erwünscht wird, bitte Infos an:

info@freiburger-forum.net
oder 0151 – 282 112 52

Freiburger Forum

Die Arbeit vom Freiburger Forum kann auf unterschiedlichste Weise unterstützt werden (Solifond, Kampagnen, Tag X, konkrete Unterstützung von Flüchtlingen, LeserInnen-Briefe, ...).

Aktuelles gibt es immer auf der Homepage oder über den Mailverteiler.

Unsere Treffen können auch per Mail erfragt werden.

Freiburger Forum Mailverteiler

Wer Interesse an weiteren Infos über Flucht, Migration, antirassistischen Aktionen und mehr haben möchte, kann sich beim admin@freiburger-forum.net anmelden.

Mitmachen bei Kampagnen

Damit der Protest nicht nur auf der Straße sichtbar wird, sollen auch **Fax- und Mailkampagnen** Teil des Protestes sein. Aktuelle **Protestschreiben** finden sich unter

www.freiburger-forum.net

Jobangebote

Kleine, größere, lang- oder kurzfristige Arbeiten sind immer wieder gesucht. Angebote an info@freiburger-forum.net

Antrag bei der Härtefallkommission

→ Wer schon längere Zeit in Deutschland lebt, kann sich auch an die Härtefallkommission wenden.

→ Was ist ein Härtefall?

Ein Fall, bei dem eine Abschiebung als unzumutbar gilt. Wichtige Gesichtspunkte sind hierbei unter anderem: langjähriger Aufenthalt, Schulbesuch und Ausbildung von Kindern, eigene Erwerbstätigkeit, Sprachkenntnisse, usw.

→ Wie vorgehen?

Eine Härtefallantrag muss ausführlich begründet werden.

Wichtig sind auch unterstützende Schreiben und Bestätigungen von der Arbeitsstelle, vom Kindergarten, von Verein, aus der Gemeinde etc.

Die Adresse der Härtefallkommission, siehe Seite 12.

Dublin II – Abschiebungen



Weitere Tipps und Aktuelles siehe
www.freiburger-forum.net

Petitionsantrag

Eine weitere, aber nur selten erfolgreiche Möglichkeit, bietet die Eingabe einer Petition beim Petitionsausschuss beim Landtag von Baden-Württemberg in Stuttgart. (Adresse siehe Seite 12) Mit der Petition wird die Bitte für eine Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gestellt.

Das Petitionsrecht steht jeder/m zu, ...

→ Zur Zeit wird während des Petitionsverfahren nicht abgeschoben, insofern auf die Aussetzung der Abschiebung (Stopp-Petition) beantragt wurde.

→ Der Antrag kann nur von den Betroffenen selbst gestellt werden.

→ Im Antrag müssen alle relevanten Informationen und Daten erwähnt und können durch Schreiben, Atteste, Urkunden usw. unterstützt werden

→ Wer die Eingabe einer persönlichen Petition im Einvernehmen der Petenten solidarisch unterstützen möchte, kann dies mittels einer öffentlichen Petition tun. Die Petition steht dann online und kann breit unterstützt werden. Alles weitere dazu steht bei:
www.openpetition.de

Weitere Tipps und Aktuelles siehe
www.freiburger-forum.net



Schwangerschaft

Wer schwanger ist, unterliegt den Mutterschutzfristen. Eine Schwangere darf 6 Wochen vor und 8 Wochen nach der Geburt nicht abgeschoben werden.

Liegen Komplikationen vor, die von einem Arzt bestätigt werden, kann die Mutterschutzfrist verlängert werden.

Die Anträge stellt man bei der örtlichen Ausländerbehörde. (Adresse Seite 12)

Krankheit

→ Anträge auf Verlängerung der Duldung oder eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen können gestellt werden, wenn zielstaatsbezogene Hindernisse bei der Gesundheitsversorgung vorliegen. D.h: wenn eine gravierende Krankheit sich im Zielstaat nicht behandelt werden kann.

→ Das Abschiebehindernis muss durch ein Gutachten nachgewiesen werden. Diese kosten Geld und sollten entsprechende Standards aufweisen. Die „zielstaatsbezogene Hindernisse“ werden vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geprüft.